

Die Autorin arbeitet als freiberufliche Journalistin für die ARD-Sendeanstalten und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasienstudien der Universität Passau mit dem Schwerpunkt Myanmar. Kontakt: www.mandyfox.de.

KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Aung San Suu Kyi weist UN-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Nord-Rakhine zurück

Staatsrätin Aung San Suu Kyi wies Ende März 2017 die Entscheidung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UN) zur Durchführung einer ›fact-finding mission‹ in Nord-Rakhine zurück. Ziel der geplanten Mission war die Untersuchung mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen durch das myanmarische Militär an der muslimischen Gruppe der Rohingya. In ihrer Rede im Staatsfernsehen anlässlich des ersten Geburtstages der von der *Nationalen Liga für Demokratie* (NLD) geführten Regierung sagte sie, dass Myanmar selbst eine Lösung finden und Verantwortung für seine

Probleme übernehmen müsse. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, Min Aung Hlaing, wies ebenfalls das internationale Team von ExpertInnen zurück. In seiner Rede am Tag der Streitkräfte sprach er davon, dass die muslimische Gruppe der Rohingya nicht zu Myanmar gehören würde, sondern dass sie Eindringlinge aus Bangladesch seien. Jede internationale politische Intervention, so Min Aung Hlaing, würde Myanmars Souveränität gefährden. Ende April 2017 unterzeichneten 23 Organisationen einen Brief, darunter *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und

Fortify Rights, um der Dringlichkeit der UN ›fact finding mission‹ Ausdruck zu verleihen. Die Situation im Rakhine Staat eskalierte im Oktober 2016. Der Norden an der Grenze zu Bangladesch ist abgeriegelt und gehört zu einer militärischen Operationszone. Grund für das militärische Eingreifen waren koordinierte Attacken auf myanmarische Grenzposten. Die AngreiferInnen sollen laut Regierung zu einer militanten Rohingya-Organisation gehören. Rund 70.000 Menschen flüchteten bislang nach Bangladesch.

Irrawaddy, 27.4.2017
The Independent, 31.3.2017

China versucht sich als Friedensstifter in Myanmar

Die Regierung Myanmars traf sich im März 2017 mit ethnischen bewaffneten Gruppen, darunter auch die *Kachin Independence Army* (KIA), um die stagnierenden Friedensgespräche wieder anzukurbeln. Besonders im Kachin- und Shan Staat ebenso wie in Nord-Rakhine haben sich die militärischen Auseinandersetzungen massiv verstärkt. Die Volksrepublik China trat bei diesem Treffen als Vermittlerin auf und ist bestrebt darin, den Konflikt an ihrer Südwestgrenze beizulegen. Während der letzten sechs Jahre waren durch den Konflikt, besonders im Kachin

Staat, mehr als 100.000 Menschen vertrieben worden, viele davon flüchteten sich über die Grenze nach China. Die Konflikte stören auch den Grenzhandel, ebenso wie diverse Großprojekte, die den Energiehunger Chinas stillen sollen. Ein stabiles Myanmar wäre deshalb in Chinas ökonomischem und energiepolitischem Interesse. Nachdem China jahrzehntelang nahezu unbehelligt das durch eine Militärjunta regierte Land wie seinen Vasallenstaat behandeln konnte, ändert sich nun mit der Demokratisierung und dem zunehmenden westlichen Einfluss, der

Umgang. Chinas Angebote, den Friedensprozess zu unterstützen, dienen auch der Zurückdrängung des westlichen Einflusses. Einige Analysten sehen die Einmischung Chinas positiv, da es immer noch gute Beziehungen zum Militär unterhält und seinen Einfluss auf die ethnischen bewaffneten Gruppen in Myanmars Norden geltend machen könnte. Die nächste Friedenskonferenz *21st Century Panglong* wurde immer wieder verschoben, fand nun aber Ende Mai 2017 statt.

Mizzima, 26.4.2017
Foreign Policy, 18.4.2017

Kritischer Zeitungsverleger erstochen aufgefunden

Verleger Wai Yan Hein wurde Mitte April 2017 erstochen in seinem Büro aufgefunden. Er veröffentlichte mit *Iron Rose* ein wöchentliches Magazin in dem das Militär, sowie das politische und ökonomische Establishment kritisiert wurde. Ein Zusammenhang zwischen der Tat und den

Inhalten des Magazins liegt nahe. Die Polizei ermittelt. Bereits im Dezember 2016 wurde Soe Moe Tun, ein Journalist von Myanmars *Eleven Media Group* der über illegale Abholzung und Holzschmuggel berichtete, erschlagen neben einer Autobahn in Monywa, der Region Sagaing, aufgefunden.

Trotz der stattfindenden Demokratisierung seit 2011 sind JournalistInnen und AktivistInnen in Myanmar gefährdet und werden immer wieder Ziele von Angriffen.

Reuters, 18.4.2017
Radio Free Asia, 13.12.2016